Burgdorf, 03.09.2025

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **28.08.2025** in der Jugendwerkstatt Burgdorf, Drei Eichen 5, 31303 Burgdorf

19.WP/A-JuF/026

Beginn öffentlicher Teil:	17:00 Uhr	Ende öffentlicher Teil:	18:01 Uhr
Beginn vertraulicher Teil:	Uhr	Ende vertraulicher Teil:	Uhr

A N W E S E N H E I T :

Vorsitzende

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzender

Wortmann, Thomas

Mitglied/Mitglieder

Meinig, Birgit - ab TOP 3 -
Voß, Gabriele - ab TOP 3 -

Grundmandat

Lilienthal, Anika

stellv. Mitglied/Mitglieder

Köneke, Klaus Vertretung für Frau Beate Neitzel

Vertreter/innen der Jugendverbände

Gundlach, Jan
Scher, Olaf

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände / Träger der freien Jugendhilfe

Probst, Dörte
Warnecke, Sarah

Beratende/s Mitglied/er

Gohla, Horst
Paul, Annika
Wieker, Ursula - ab TOP 3 -
Ruhkopf, Susanne
Bock, Dagmar

Verwaltung

Böhm, Katrin
Ehmcke-Schaaf, Cindy
Szramka, Monika
Vierke, Silke

Gäste:

Fronia, Imke Diakonieverband Hannover-Land

T A G E S O R D N U N G

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Besichtigung der Jugendwerkstatt Burgdorf

3. Aussprache über die Besichtigung der Jugendwerkstatt Burgdorf

4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 19.05.2025

5. Bericht der Verfahrenslotsin

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Projektmanagement: Projektberichte per 2. Quartal 2025
Vorlage: M 2025 1057

7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

7.1. Anfrage – Kita-Plätze im Fokus: Praktische Umsetzung und Evaluation des Punktesystems
Vorlage: F 2025 1051

7.2. Anfrage der FDP-Fraktion zur Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaföG)
Vorlage: M 2025 1055

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Aus-

schussmitglieder und die Vertreter*innen der Verwaltung sowie Frau Fronia als Einrichtungsleitung der Jugendwerkstatt Burgdorf.

Entschuldigt haben sich Frau Börges, Herr von Tiling, Herr Dr. Gebbe und Herr Nijenhof. Frau Voß wird sich ein wenig verspäten. Frau Neitzel wird von Herrn Köneke vertreten. Frau Vierke vertritt Herrn Kugel.

Frau Szramka teilt mit, dass Frau Toprak als Stadtkindertagesstättenelternbeiratsvorsitzende ihr Mandat aus persönlichen Gründen niederlege. Herr Freimann bleibe zunächst alleiniger Vorsitzender, bis in Kürze eine erneute Wahl stattfinde.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Gersemann bittet auf Wunsch von Herrn Nijenhof darum, den TOP 7.1 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

2. Besichtigung der Jugendwerkstatt Burgdorf

Frau Fronia führt die Anwesenden durch die Räumlichkeiten und erläutert die Arbeit der Kolleg*innen.

3. Aussprache über die Besichtigung der Jugendwerkstatt Burgdorf

Frau Meinig bedankt sich herzlich für die Vorstellung der so wichtigen Arbeit für Burgdorf und für das Engagement der Mitarbeitenden. Die Räumlichkeiten seien beeindruckend. Es sei zu hoffen, dass die Finanzierung weiterhin gesichert sei.

Herr Wortmann zeigt sich ebenfalls beeindruckt von den Örtlichkeiten und der Arbeit. Er gibt zu bedenken, dass es zum Erlernen der handwerklichen Fähigkeiten nicht genug Platz gebe und zu wünschen sei, dass die Räumlichkeiten deutlich größer wären.

Frau Fronia bekräftigt, dass die Jugendwerkstatt gern an diesem Standort bleiben möchte. Das Vorteil sei, dass nie alle 16 Jugendlichen gleichzeitig vor Ort seien und es so vom Platzbedarf her meist passe. Die große Außenfläche entschädige für die kleineren Räumlichkeiten im Innenbereich.

Frau Ruhkopf erkundigt sich, was passiere, wenn die 16 Plätze ausgereizt seien, es aber noch Bedarf seitens einer/s Jugendlichen gebe.

Frau Fronia erläutert, dass es noch 6 Plätze für „Schulpflichterfüller*innen" gebe. Niemand werde von der Einrichtung weggeschickt, wenn er oder sie Bedarf habe. Allerdings sei es hinsichtlich der Zahl der Mitarbeitenden auch begrenzt, da die Zeit für zu viele Jugendliche fehle. Die Einrichtung stehe in engem Kontakt zur Schulsozialarbeit sowie zum Jugendamt Burgdorf. Ein derzeitig laufendes Projekt könne bei erfolgreichem Verlauf dazu führen, dass ggfs. mehr Personal bewilligt werde. Im Hause fän-

den auch Migrations-/Sucht- und Schwangerenberatung statt. Man leite die Jugendlichen in diesen Fällen auch an die richtigen Beratungsstellen weiter.

Herr Köneke weist auf ein aktuelles Schreiben der Stadt an das Land hin, bei dem mit einer Klage wegen nicht ausreichender Zahlungen gedroht werde. Dort hieße es, dass die Vermeidung von Schulabsentismus ebenfalls finanziell gefördert werden solle und aufgrund fehlender Unterstützung seitens der Region Hannover nicht erfolgen könne. Er könne dies nicht nachvollziehen, da die Jugendwerkstatt genau dieses Ziel verfolge.

Frau Szramka erläutert, dass in dem benannten Schreiben sicherlich das Projekt „2. Chance" gemeint sei. Die Region Hannover biete dies für ihre eigenen Kommunen erfolgreich an und weigere sich, Kommunen mit eigenem Jugendamt innerhalb der Region an diesem Projekt teilhaben zu lassen und somit finanziell zu unterstützen. Die Stadt habe daraufhin die Einrichtung einer Schulsozialarbeiter*innenstelle auf eigene Kosten vornehmen müssen.

Herr Gohla erläutert, dass Herr Gunnar Otto an der RBG Burgdorf diese Aufgabe wahrnehme. Er stehe mit diesem sowie der Mobilen Jugendhilfe in engem Austausch.

Frau Gersemann ergänzt, dass sämtliche in den Burgdorfer Schulen tätigen Schulsozialarbeiter*innen den Schulabsentismus zu verhindern suchten und mit ihrer hervorragenden Arbeit zur Verbesserung der Situation beitrügen.

Frau Fronia betont, dass das Schöne an Burgdorf die kurzen Wege und die miteinander im Netzwerk arbeitenden Menschen seien, die die Burgdorfer Jugendlichen im Blick hätten.

Herr Köneke betont, dass es enorm wichtig sei, dass die Region Hannover sich auch in Burgdorf finanziell beteilige.

4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 19.05.2025

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 19.05.2025 wird **einstimmig** genehmigt.

5. Bericht der Verfahrenslotsin

- vertagt -

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Ehmcke-Schaaf stellt Frau Nicole Lilienthal vom Vertretungsstützpunkt der Kindertagespflege vor.

Frau Böhm ergänzt, dass sich die Betreuung im Rahmen der Vertretungs-

tätigkeiten nun an 2 Standorten verstetigt habe.

Frau Nicole Lilienthal berichtet, dass der Anfang des Vertretungsstützpunktes schleppend angelaufen sei. Die Elternschaft habe die Befürchtung vertreten, dass die Kinder im Stützpunkt nur „aufbewahrt" würden. Durch Urlaub, Krankheit oder Fortbildungen seien Tagespflegepersonen (TPP) regelmäßig nicht vor Ort, so dass eine Vertretung nötig sei. Dies habe sich nun sehr erfolgreich weiterentwickelt. Die Eltern buchten bereits im Vorfeld die Betreuung im Stützpunkt, wenn Ausfalltermine der TPP bekannt seien. Auch bei spontanen Ausfällen könne in der Regel am selben Tag eine Betreuung gesichert werden. Der Vertretungsstützpunkt erfahre inzwischen einen großen Zulauf und die Rückmeldung der Elternschaft sei sehr positiv. Die Kinder kämen gern und die TPP gönnten sich nun auch mal Auszeiten, wenn es nötig sei. Der Vertretungsstützpunkt habe sich zu einem festen Bestandteil der Kindertagespflege entwickelt. Zwei Kinder übten derzeit den Kita-Alltag im Vertretungsstützpunkt, da sie auf einen Platz warten.

Frau Böhm ergänzt, dass lediglich ein Kind bisher von den Eltern habe abgeholt werden müssen.

6.1. Projektmanagement: Projektberichte per 2. Quartal 2025 Vorlage: M 2025 1057

./.

7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

./.

7.1. Anfrage – Kita-Plätze im Fokus: Praktische Umsetzung und Evaluation des Punktesystems Vorlage: F 2025 1051

-vertagt

Frau Wieker fragt nach, ob das Vergabeverfahren transparent und sozialverträglich sei. Diese Punkte seien mit zu bedenken. Es gebe in ihrer Einrichtung den Fall einer verwitweten Mutter mit 7 Kindern, die vom Jobcenter zur Arbeit gedrängt werde. Sie habe aber keine Betreuung für ihr Kind, das im Bewertungssystem nur 7 Punkte erhalten habe.

Frau Ehmcke-Schaaf sichert zu, hierzu bei der nächsten Sitzung am 25.11.2025 zu berichten.

7.2. Anfrage der FDP-Fraktion zur Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaföG) Vorlage: M 2025 1055

Frau Lilienthal zeigt sich besorgt angesichts der noch verbleibenden kurzen Zeit von knapp einem Jahr zur Umsetzung des Projekts. Sie erkundigt sich, ob die freien Träger bereits angesprochen worden seien. Immerhin sei laut Vorlage mit rund 270 Kindern zu rechnen, die nicht nur „verwahrt", sondern auch gefördert werden sollten.

Frau Vierke betont, dass der Auftrag, den das Ganztagsförderungsgesetz an die Kommunen gebe, der Verwaltung sehr wichtig sei. Herr Gohla sei hier als Ansprechpartner der Jugendpflege gefragt.

Herr Gohla gibt an, dass weiterhin die Grundlage des Landes zur Finanzierung und praktischen Umsetzung fehle. Es gebe zwar bereits Zusammenkünfte, aber noch seien keine konkreten Aussagen möglich.

Hinsichtlich der Essensversorgung sei er bereits im Gespräch. Für die Schulzeiten falle dieser Aufgabenbereich in die Zuständigkeit der Schulabteilung im Hause; während der Ferienzeit sei er zuständig für die Versorgung. Derzeit würden die Gespräche mit den freien Trägern aufgenommen sowie ermittelt, welche Mitarbeitenden von den ausbildungstechnischen Voraussetzungen her für die Betreuung der Kinder in Betracht kämen. Zahlen seien noch nicht bekannt. Da in vielen Familien weitere Geschwisterkinder vorhanden seien, die nicht in den Bereich der Betreuung fielen, müsse auch mit den Eltern gesprochen werden, wie diese sich die Betreuung vorstellten. Dazu werde man zur nächsten Einschulung präsent sein und eine Abfrage unter der Elternschaft arrangieren.

Zudem müsse geprüft werden, welche Schulen für die Betreuung nutzbar seien. Er stehe im Austausch mit dem Bauamt, um zu erkunden, in welchen Schulen zeitnah Renovierungen stattfinden würden. Als Tendenz könne er die Astrid-Lindgren-Grundschule in der Weststadt benennen, die sich vom Schulhof und von den weiteren Voraussetzungen her anböte. Ob für den Einzugsbereich Otze/Ramlingen/Ehlershausen eine weitere Grundschule in Betracht käme, werde ebenfalls derzeit hinsichtlich Räumlichkeiten und Personal geprüft. Wichtig sei auch, dass ein Kinderschutzkonzept für die betreffenden Einrichtungen vorliege. In den Jugendgruppenleiterschulungen werde bereits geschaut, ob geeignete Mitarbeitende vorhanden seien. Die Qualität der Betreuung sei für die Einrichtung der Ganztagsförderung ein wichtiges Kriterium, um gezielte Angebote zu etablieren.

Frau Lilienthal möchte wissen, wie eine Übergangszeit gehandhabt werden solle, wenn die Voraussetzungen zum Stichtag noch nicht gegeben seien.

Herr Gohla verdeutlicht, dass das Land die Kommunen ziemlich „hängenlasse".

Frau Gersemann ergänzt, dass im Protokoll der Sitzung vom 12.11.2024 bereits vorgetragen worden sei, dass die rechtlichen Grundlagen vom Land Niedersachsen fehlten und die Kooperationspartner noch nicht beginnen könnten. Damals sei bereits davon gesprochen worden, dass das Projekt ggfs. um 2 Jahre verschoben werde. Daher bleibe abzuwarten, wie es weitergehe.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

Einwohnerfragestunde

./.

Geschlossen:

Erster Stadtrat	Ausschussvorsitzende	Protokollführerin